

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 827

Mittwoch, 16. April 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<i>Widerstand gegen Mülltrennung.....</i>	<i>1</i>
<i>Prensa Comunitaria: „Wir werden weiterhin Journalismus betreiben.“.....</i>	<i>3</i>
<i>CC lehnt die einstweilige Verfügung gegen die Erhöhung der Abgeordnetendiäten ab.....</i>	<i>4</i>
<i>Eine Welle der Ernennungen und Versetzungen von Richter*innen im Justizwesen rollt an.....</i>	<i>5</i>
<i>Trumps Zölle: Einige befragte GT-Exporteure haben mehr als 2 Millionen US-Dollar bezahlt.....</i>	<i>5</i>
<i>Präventionssystem für die Osterwoche bei einer Veranstaltung in Escuintla eingeführt.....</i>	<i>6</i>

Widerstand gegen Mülltrennung

Guatemala, April 2025 – In vielen Ländern Europas ist Mülltrennung in Privathaushalten seit Langem eine Selbstverständlichkeit. Doch in anderen Teilen der Welt wird das Thema nach wie vor kontrovers diskutiert. Dabei geht es oft um wirtschaftliche Interessen verarmter Bevölkerungsgruppen.

Müde Passagiere in rostigen Bussen wischen sich Schweiß von der Stirn. Alte Motoren brummen im Stau. Motorräder zwängen sich durch Lücken, die kaum breit genug für ihre Lenker sind. In der Mittagshitze der Zone 3 von Guatemala-Stadt trägt eine sanfte Brise den Geruch der nahegelegenen Mülldeponie herüber. Abgase mischen sich mit dem Gestank verrottender Lebensmittel und brennenden Gummis. Schwarzer Rauch steigt von den Resten verkohlter Autoreifen auf, die noch vor kurzem lodernd brannten.

Ein Mann mit russverschmiertem Gesicht verbietet die Durchfahrt zur Mülldeponie. Barrikaden aus gestapeltem Abfall blockieren die Strasse. Eine Frau mit langem, grauem Zopf erklärt, warum die demonstrierenden Anwohner*innen wütend sind: „Wenn wir nicht mehr auf der Müllhalde arbeiten können, dann bekommen unsere Kinder nicht genug zu essen. Die Behörden wollen uns den wertvollsten Teil des Abfalls wegnehmen. Aber davon leben viele alleinstehende Frauen, junge Leute, Grosseltern. Wir alle brauchen den Müll.“

Doña Maria ist vor einer Woche 65 Jahre alt geworden. Doch über ein Leben als Rentnerin hat sie noch nie nachgedacht. „Seit ich sieben Jahre alt bin, arbeite ich auf der Müllhalde. Wenn hier wirklich bald nur noch Restmüll geliefert wird, verliere ich mein Einkommen. Was sollen meine Enkel dann essen? Wir sind auf das Recycling angewiesen. Aber den Politiker*innen ist das egal. Die haben ihre Einkommen und interessieren sich nicht für unser Schicksal.“

Der guatemaltekische Staat will eine neue Recyclingvorschrift durchsetzen: Die Bevölkerung soll ihren Müll bereits zu Hause in drei Kategorien trennen - organisch, recycelbar und Restmüll. Dieses Vorhaben macht Doña Maria grosse Sorgen: „Ich verstehe nicht, warum die Behörden sich da einmischen. Sie haben sich doch sonst nie um uns gekümmert. Der Müll ist die Voraussetzung dafür, dass unsere Kinder essen können. Er ist die Quelle für das Einkommen der Armen. Mit dem, was wir auf der Müllhalde finden, sichern wir unser Überleben.“

Das neue Recycling-Gesetz

Bereits 2021 hat das guatemaltekische Umweltministerium ein Dekret zur Mülltrennung erlassen. Doch erst in diesem Jahr sollte die Vorschrift tatsächlich umgesetzt werden. Offenbar haben die Behörden nicht mit einem solch heftigen Widerstand gerechnet. Doña Maria jedenfalls meint, sie habe keine andere Wahl, als sich gegen das Gesetz aufzulehnen:

„Vor fünf Monaten wurde mein Sohn ermordet. Auch er hat auf der Deponie gearbeitet. Ich weiss nicht, wer ihn erschossen hat. Aber ich weiss, dass ich mich jetzt um die Ernährung seiner fünf Kinder kümmern muss. So ist mein Leben als Grossmutter.“

In Guatemala-Stadt und Umgebung leben rund zweieinhalb Millionen Menschen, die Tag für Tag mehr als 4.000 Tonnen Müll produzieren. Normalerweise wird ein Grossteil dieses Abfalls von 775 Lastwagen über eine abschüssige Strasse zur Deponie der Zone 3 gebracht. Doch während des Streiks fährt dort kein einziger dieser Mülltransporter. So konnten ein paar Jungs vier Plastikflaschen auf den Asphalt stellen, die als Fussballtore dienen. Am Rand des provisorischen Spielfelds stehen mehrere Väter mit einer Bierflasche in der Hand und schauen zu. Don Guayo sitzt auf einer ausgedienten Bank aus einem Buswrack. Er ist wütend. „Hier soll ein Monopol entstehen“, schimpft er. „Das Recycling-Geschäft soll von einer grossen Firma übernommen werden, die bestimmt keine Leute ohne Schulabschluss einstellen wird. So kann das nicht funktionieren. Die Bürokrat*innen haben doch keine Ahnung, wie viele Menschen auf der Müllhalde ihren Lebensunterhalt verdienen.“

Verschmutzende Mülldeponie

Die grösste Mülldeponie Guatemalas ist seit dem Jahr 1953 in Betrieb. Damals lag die Schlucht des Rio La Barranca weit abseits von den Wohngebieten der Hauptstadt. Heute sind zahlreiche eng bewohnte Siedlungen direkt neben dem Müll. Doch der Abfall wird noch immer fast ausschliesslich von informellen Arbeiter*innen sortiert - ohne Werkzeug, ohne Ausbildung und nahezu ohne Schutzmassnahmen. Viele Frauen, Männer und Kinder durchstöbern den Müll mit blossen Händen, auch Don Guayo. Sobald ein Lastwagen abgeladen hat, sucht er nach recycelbaren Materialien und Gegenständen, die noch einen Wert haben: „Wir haben zwar nicht studiert, aber wir sind nicht blöd. Wir wissen, dass reiche Unternehmen das Recycling-Geschäft an sich reissen wollen. Das dürfen wir nicht zulassen. Aber der Kampf wird schwer. In Guatemala gibt es so viel Korruption.“

Don Guayo ist Vater von fünf Kindern. Zwar wäre er froh, wenn sie in einer sauberen Umwelt aufwachsen würden, aber er schimpft: „Die Umweltschützer*innen interessieren sich nicht dafür, ob unsere Familien genug zu essen haben. Wenn wir kein Geld verdienen, werden unsere Kinder krank und unterernährt.“

Don Guayo arbeitet seit seinem neunten Lebensjahr als Müllsammler. Das Recyceln betrachtet er als eine würdevolle Aufgabe: „Ich weiss, dass es viele Menschen gibt, die die Müllhalde für einen ekelhaften Ort halten. Aber in Wahrheit produziert doch jeder Mensch Müll. Wie kann es sein, dass Du dich vor dem Abfall ekelst, den du selbst produziert hast? Wir finden im Müll alles, was wir zum Überleben brauchen. Hätten wir diese Möglichkeit nicht, könnten wir es uns nicht leisten, unsere Kinder zur Schule zu schicken. Gott sei Dank gibt es den Müll. Durch ihn haben unsere Familien Hoffnung auf eine bessere Zukunft.“

Demo vor dem Umweltministerium

Zwei Tage später findet eine Demonstration vor dem Gebäude des Umweltministeriums statt, ein paar hundert Meter vom Flughafen entfernt. „Wir sind hierhergekommen, um zu protestieren“, schimpft eine Demonstrantin. „Wir wollen den Müll weiterhin so recyceln, wie wir es immer gemacht haben. All die Menschen, die heute demonstrieren, sind auf diese Arbeit angewiesen - auch die Lastwagenfahrer*innen und ihre Helfer*innen. Aber das will die Umweltministerin nicht verstehen.“

Während Beamt*innen des Ministeriums und Vertreter*innen der Müllsammler*innen drinnen um einen Konsens ringen, machen die Demonstrierenden draussen Lärm. Nach und nach treffen Dutzende Müllwagen ein. Angeblich wollen sich die Fahrer*innen mit den Müllsammler*innen der Deponie solidarisch zeigen. Einer erklärt: „Wir sind gekommen, um die Leute der Müllhalde zu unterstützen. Dieses neue Gesetz ist ganz plötzlich aufgetaucht, obwohl wir schon seit Jahren erfolgreich zusammenarbeiten. Warum soll das jetzt geändert werden?“

Tatsächlich aber sind es die Besitzer*innen der Müllfahrzeuge, die seit Jahrzehnten eine Modernisierung der Abfallentsorgung verhindern. Für sie ist die Müllabfuhr eine unerschöpfliche Einkommensquelle, die sie eifersüchtig verteidigen. Im Dialog mit den Behörden verweigern sie sogar die Herausgabe so grundlegender Informationen wie den Verlauf ihrer Routen. Sie haben keine feste Zeitplanung, sodass auch zu Stosszeiten Hunderte Müllwagen das Verkehrschaos der Hauptstadt verschlimmern.

Mit der Zeit wird die Demonstration immer grösser und lauter. Guatemaltekkische und internationale Journalist*innen machen Fotos und Interviews. Der TV-Reporter Rainer Ruis berichtet live: „Jetzt drohen sie damit, den Abfall tagelang liegen zu lassen. Heute gab es keine Müllabfuhr in den Wohngebieten. Viele Strassen sind verschmutzt.“

Hunderte gelbe Lastwagen versperren die Zufahrtsstrasse zum Umweltministerium und zum Flughafen, anstatt ihre Routen abzufahren. Vor laufender Kamera bittet einer der Müllwagenfahrer*innen die Bevölkerung Guatemalas um Verzeihung: „Nie zuvor haben wir Sie im Stich gelassen. Aber jetzt geht es um das Überleben vieler Menschen. Ausserdem könnte der Preis für die Müllabfuhr steigen, wenn das Recyceln nicht mehr unter unserer Kontrolle ist.“

Der Reporter Rainer Ruis hat schon oft über die ineffiziente Abfallwirtschaft in Guatemala berichtet. Er weiss, dass das Thema viele Facetten und eine lange Vorgeschichte hat: „Regierungen sind gekommen und gegangen, ohne dass sie der Problematik die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet haben. Es ist ja nicht so, dass die Familien, die im Abfall arbeiten und vom Müll leben, dies aus freien Stücken tun. Sie finden schlichtweg keine andere Einkommensmöglichkeit. Längst ist offensichtlich, dass es so nicht weitergehen kann. Die Müllentsorgung braucht dringend eine geordnete Lösung.“

In Sachen Urbanisierung ist Guatemala eines der chaotischsten Länder Lateinamerikas. Unkontrollierte Landflucht, fehlende Infrastruktur und eine rasant wachsende Bevölkerung führen zu einem verworrenen Wachstum der Städte, sagt Rainer Ruis: „Bedauerlicherweise schneiden wir in vielen Studien gerade im Bereich der Umweltverschmutzung besonders schlecht ab. Die Mülldeponie der Zone 3 ist ein Ort, der das Land so sehr verschmutzt wie kein anderer.“

Ein Müllkompromiss

Während vor dem Umweltministerium immer mehr Müllwagen vorfahren, drängen sich einige Presseleute um die Sprecherin der Vereinigung „Recicladores Unidos“. Die junge Frau, Marlyn Loarca, setzt sich für die Rechte der Müllsammler*innen ein: „Recyclen ist eine gute Sache. Wir machen das seit über fünfzig Jahren. Wir haben nichts gegen das Recyclen.“

Die engagierte Müllsammlerin bemüht sich seit Jahren, ihre Kolleg*innen zum Beitritt in die Vereinigung zu bewegen, um gemeinsam bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Ihrer Ansicht nach liegt die eigentliche Ursache des Konflikts um das neue Gesetz darin, dass ihre Leute nicht in den Entscheidungsprozess einbezogen wurden: „In diesem Land gibt es nicht genug Arbeit und das Gesundheitssystem ist miserabel. Wenn jemand krebskrank ist, dann bietet ihm die Regierung keine angemessene Behandlung an. Trotzdem will sie uns jetzt die Arbeit wegnehmen. Aber wir brauchen das Einkommen, um in der Apotheke Medizin kaufen zu können.“

Marlyn Loarca ist Tochter und Enkelin von Müllsammler*innen. Sie ist wütend, dass die Legislative einmal mehr die Realität des Landes ignoriert. „Zum Beispiel schreibt das Dekret vor, dass jeder Lastwagen nach dem Abladen des Mülls gereinigt werden muss. Wie soll das funktionieren? In der Umgebung der Deponie gibt es ja nicht einmal genug Wasser.“

Schliesslich wird bei den Verhandlungen ein Kompromiss erreicht: Zumindest in der Hauptstadt soll der Müll vorerst nicht mehr in drei, sondern nur noch in zwei Kategorien getrennt werden - organische Abfälle und sonstiger Müll. Daraufhin beenden die Lastwagenfahrer*innen und Müllsammler*innen ihren Streik. Doch ein entscheidender Punkt bleibt ungelöst: Es gibt weiterhin keinen Plan, wie verhindert werden könnte, dass sich die beiden Müllsorten während des Transports in den Lastwagen wieder vermischen. (*Andreas Boueke*)

Prensa Comunitaria: „Wir werden weiterhin Journalismus betreiben.“

Guatemala, 11. April – Wir werden weitermachen. Unser Engagement gilt den Gemeinden, über die wir seit eineinhalb Jahrzehnten berichten. Wir werden weitermachen trotz all der Angriffe und Bedrohungen von Seiten des Staates und dem Cyber-Terrorismus, die uns Angst einjagen wollen. Wir werden diesen Angriffen trotzen und klar machen, dass wir weiterhin berichten, nachforschen, Geschichten erzählen und Missstände anprangern. Wir werden ihnen zu verstehen geben, wo und wie wir unsere Form des Journalismus praktizieren.

Wir praktizieren es in Guatemala, einem sehr diversen und lebhaften Land, in dem die Menschen über die lange Zeit hinweg und angesichts der vielen Ungerechtigkeiten jeden Tag aufstehen und versuchen, in Würde zu überleben. Ein Land, dessen Geschichte gekennzeichnet ist durch Ausschluss, Ungleichheit und physische, soziale, wirtschaftliche und intellektuelle Zerstörung der Schwächsten, jenen, die niemals Macht erhalten haben. Jenen, die aber auch nicht wirklich an den oppositionellen Kämpfen gegen die Eliten, die sich die Macht, das Land und den Staat einverleibten, beteiligt wurden.

Wir arbeiten in einem kritischen Zeitpunkt in der Geschichte unseres Landes, der durch den politischen Wandel gekennzeichnet ist, der mit der Wahlniederlage von Parteien einhergeht, die Satelliten der traditionellen Macht sind, aber auch durch den Aufstieg von Personen und Beamten*innen, die erneut die staatlichen Institutionen übernommen haben, um Strafverfolgungen, physische Schikanen und Verleumdungskampagnen gegen diejenigen durchzuführen, die sie in Frage stellen und anprangern, gegen uns und unseren Journalismus.

Dieser Zeitpunkt, das Jahr 2025, ist ein besonderer. Guatemala befindet sich am Ende eines historischen Zyklus, der mit dem Friedensabkommen von 1996 begann. Damit begann die Möglichkeit, den Opfern von Kriegsverbrechen, den Verschwundenen, den Gefolterten und den von den Streitkräften, den Paramilitärs und den staatlichen Geheimdiensten Ermordeten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Es brachte auch einige Veränderungen mit sich, die ein Jahrzehnt später eine institutionelle Revolution, insbesondere im Bereich der Strafjustiz, herbeiführten und die Verfolgung von

Bediensteten, klandestinen Gruppen und Geschäftsleuten ermöglichen sollten, die nach dem Ende des bewaffneten Konflikts zu organisierten Wirtschaftskriminellen mutierten.

In vielen unserer Nachrichten, Berichte und Artikel haben wir klar gemacht, dass wir die Ankunft der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) und die Veränderungen, die sie in der Staatsanwaltschaft, in der Justiz und in einigen Gesetzen ermöglichte, als Fundament verstehen, auf dem die Justiz wiederaufgebaut wurde. Ein Weg, der es ermöglichen würde, Völkermörder*innen vor Gericht zu stellen, Drogenbanden zu zerschlagen, kriminelle Unternehmensnetzwerke zu zerschlagen, die den Staat veruntreut haben, und korrupte Staatsbedienstete oder Regierungsvertreter*innen mit legalen und zivilen Mitteln zu stürzen.

Als Prensa Comunitaria seine Tätigkeit als Medienunternehmen aufnahm, waren diese Prozesse in vollem Gange. Seitdem haben wir uns in den Gebieten Guatemalas, inmitten der Gemeinden der indigenen Völker, positioniert, um von dort aus zu berichten. Dort sind wir geblieben und dort werden wir auch weiterhin bleiben.

Was wir heute in Guatemala erleben, ist die Weiterentwicklung dessen, was 2018 geschah, als die wirtschaftlichen und politischen Mächte, die eine Koalition heterogener Gruppen bildeten, die heute als ‚Pakt der Korrupten‘ bekannt ist, beschlossen, sich nicht mehr demokratischen Spielregeln zu beugen, sondern wieder das zu tun, was sie schon immer getan haben: Macht anhäufen, um sich den Staat anzueignen und ihn in ihren Dienst zu stellen.

Auf den Rauswurf der CICIG durch Präsident Jimmy Morales folgte eine neue institutionelle Übernahme durch den Pakt der Korrupten, zunächst der Staatsanwaltschaft und dann nach und nach auch der obersten Gerichte des Landes. Es folgte eine erste Welle der Repression durch den staatlichen Strafverfolgungsapparat, um ehemalige Justizbeamte*innen, die die Ermittlungen gegen korrupte Geschäftsleute und Politiker*innen geleitet hatten, und die Journalist*innen, die darüber berichtet hatten, ins Exil zu treiben und zu inhaftieren, von den ehemaligen leitenden Staatsanwältinnen Claudia Paz y Paz und Thelma Aldana bis zu Virginia Laparra – und einschliesslich des Journalisten Jose Rubén Zamora und Dutzender anderer Medienschaffenden.

Ziel des Paktes war es, die Kontrolle über die Exekutive zu behalten. Als der demokratische Wille des guatemalteken Volkes ihnen bei den Präsidentschaftswahlen 2023 den Rücken kehrte, verstärkten sie ihre Offensive von den Institutionen aus, die sie bereits kontrollieren, insbesondere vom Parlament und den Gerichten, und perfektionierten den Mechanismus der Schikanen und der Kriminalisierung durch Scheinjustiz, begleitet von illegalen Kräften, Social-Media-Netzwerken und Verleumdungskampagnen. Dies ist die zweite Welle der Repression.

Die jüngste Verfolgung und Schikanierung von Prensa Comunitaria und Ruda [dem feministischen Teil des Kollektivs] findet in diesem zweiten Moment statt. Alle Zutaten sind vorhanden: die Schaffung falscher Narrative auf sozialen Medien, die mit dem Pakt der Korrupten in Verbindung stehen, Drohungen der Staatsanwaltschaft und Desinformation. Das ultimative Ziel ist es, uns zum Schweigen zu bringen und unseren Willen zu brechen, die Geschichten weiter zu erzählen. Das ist ihnen nicht gelungen und wird ihnen auch nicht gelingen.

Prensa Comunitaria ist nicht nur eine*r, wir sind ein Kollektiv, das aus mehreren Dutzend Personen besteht. Wir sprechen aus allen Gebieten Guatemalas, und das schon seit langem. Schon lange bevor uns ein korrupter Staatsanwalt, ein Geschäftsmann, der zum Justizkiller wurde, oder ein als Akademiker getarnter ideologischer Heckenschütze angegriffen haben, haben wir als Kollektiv Gefängnis, Überwachung, Diffamierung, Exil und ständige Schikanen erlebt. Wir haben nie aufgegeben und werden dies auch jetzt nicht tun.

Wir verstehen uns als politische Subjekte im klassischen Sinne des Wortes, als Mitglieder der guatemalteken Polis, aber wir sprechen nicht aus der Politik, sondern aus der Erzählung der Realität durch den Journalismus. Und wir tun dies von ganz Guatemala aus, nicht nur von der Stadt aus. Wir wiederholen an dieser Stelle unsere feste Zusage, dass wir dies auch weiterhin tun werden. Wir werden weiterhin Journalismus betreiben und wir werden weiterhin veröffentlichen. (Prensa Comunitaria, Editorial)

CC lehnt die einstweilige Verfügung gegen die Erhöhung der Abgeordnetendiäten ab

Guatemala Stadt, 8. April - Das Verfassungsgericht hat in einer Plenarsitzung die Klage von Mitgliedern der Fraktion der Partei Vision mit Werten (VIVA) gegen die Mitglieder des Präsidiums des Kongresses geprüft, die die Gehaltserhöhung für die Abgeordneten genehmigt haben. Diese Bestimmung ist derzeit formal in Kraft, obwohl sie ausgesetzt ist. Diese Einstweilige Verfügung, die VIVA-Generalsekretär Armando Castillo eingebracht hat, ist eine von mehreren Klagen, die vor dem höchsten Gericht eingereicht wurden, um die Gehaltserhöhung anzufechten. Die vorgeschlagene Gehaltserhöhung für die Abgeordneten wurde im November letzten Jahres durch einen Mehrheitsbeschluss des Präsidiums des Kongresses gebilligt und trat im Februar in Kraft. Mit dieser Anpassung stiegen die Bezüge der Abgeordneten von monatlich 29.500 Q (= 3.333 €) auf 46.700 Q (= 5.275 €), zuzüglich der Repräsentationskosten, so dass der Endbetrag 60.000 Q (= 6.778 €) übersteigen könnte.

Bislang wurde das neue Gehalt zweimal ausgezahlt, obwohl der Konflikt innerhalb des Kongresses weiter besteht. Kürzlich kündigte der Kongresspräsident Nery Ramos die Aussetzung der Erhöhung an (siehe letzte **¡Fijáte!**-Ausgabe). In der Entscheidung gab es eine Gegenstimme von Richterin Leyla Lemus, während der Rest der vorläufigen Ablehnung der Klage zustimmte.

Soziale Forderungen bleiben bestehen

Obwohl der Kongress die Aussetzung der Gehaltserhöhung angekündigt hat, halten die sozialen Organisationen zusammen mit den indigenen Autoritäten der Völker der Ixil, Kaqchikel, Mam und Tz'utujil in Abstimmung mit dem Verwaltungsrat der 48 Kantone an ihrer Forderung fest, die Gehaltsanpassung rückgängig zu machen.

In der Tat haben die angestammten Autoritäten das Verfassungsgericht (CC) gebeten, „bei der Entscheidung über die Verfassungsklagen gegen die Forderungen der Abgeordneten nach Gehaltserhöhungen, diese für zulässig zu erklären und nicht jene Abgeordneten zu privilegieren, die nicht für das Gemeinwohl arbeiten“. Aber sie wurden nicht beachtet. (...) (Prensa Comunitaria)

Eine Welle der Ernennungen und Versetzungen von Richter*innen im Justizwesen rollt an

Guatemala-Stadt, 11. April - In den letzten Tagen hat das Plenum des Obersten Gerichtshofs (CSJ) mit Mehrheitsbeschluss eine Reihe von Ernennungen und Versetzungen von Richter*innen in verschiedenen Gerichtsbarkeiten des Landes beschlossen. Zu den Beschlüssen gehören die Ernennung neuer Friedensrichter*innen und erstinstanzlicher Strafrichter*innen sowie die Rückkehr von zwei ehemaligen Richterinnen in den Justizapparat.

Mindestens 39 Versetzungen von Richter*innen der ersten Instanz wurden vorgenommen. Zu den wichtigsten dieser Versetzungen gehörte die des Richters Manolo Otoniel López Morales, der für das Hochsicherheitsgericht B zuständig war und nun an das Vierte Strafgericht versetzt wird. (...) Seit dem Weggang und der Verbannung des ehemaligen Richters Miguel Ángel Gálvez hat es keine*n ständigen Richter*in mehr an diesem Gericht gegeben.

Die ersten grossen Korruptionsfälle, die von der ehemaligen Sonderstaatsanwaltschaft gegen Strafflosigkeit (FECI) und der inzwischen aufgelösten CICIG aufgedeckt wurden, wurden vor diesem Gericht verhandelt.

Darüber hinaus wurden ehemalige Richterinnen wie Vitalina Orellana und Sonia de la Paz Santizo in verschiedenen Positionen in der Justiz wieder eingesetzt. Orellana wechselte an das Strafvollstreckungsgericht für Femizid und de la Paz wird Richterin am Dritten Strafgericht erster Instanz für Femizid-Delikte sein.

Orellana war neun Jahre lang am CSJ tätig und verbüsst derzeit eine Verurteilung wegen Korruption in den Vereinigten Staaten. De la Paz Santizo gehörte jener umstrittenen Dritten Berufungskammer an, die unter anderem zugunsten der Angehörigen des ehemaligen Präsidenten Jimmy Morales entschied, die der Korruption beschuldigt wurden. *[Im Originaltext ist eine Liste der neuen Richter*innen und auch der Friedensrichter*innen aufgeführt, die jedoch ohne eine intensive Recherche über die genannten Personen nichtssagend ist, d.Red.]*

Ernennung von Friedensrichter*innen

Darüber hinaus hat das Plenum mindestens 57 Ernennungen von Friedensrichter*innen vorgenommen. Diese spielen in Guatemala eine grundlegende Rolle im Justizsystem, da sie die erste Instanz für den Zugang der Bürger*innen zur Justiz sind und kleinere zivil-, familien- und arbeitsrechtliche Streitigkeiten schlichten. (Prensa Comunitaria)

Trumps Zölle: Einige befragte GT-Exporteure haben mehr als 2 Millionen US-Dollar bezahlt

Guatemala, 12. April - Die in der Unternehmenskommission für internationale Verhandlungen und Handel (CENCIT) zusammengeschlossenen Unternehmenskammern zeigen sich besorgt über die Auswirkungen des von US-Präsident Donald Trump gegen Guatemala verhängten Zolls von 10 %. In einer Erklärung teilt das CENCIT mit, dass es bereits unter den Auswirkungen des von den Vereinigten Staaten verhängten Zolls von 10 % leide. Dieser war am 5. April in Kraft getreten. CENCIT gibt an, dass eine Umfrage unter den Exportunternehmen aufzeige, dass mehrere Unternehmen in den ersten Tagen mehr als 2 Millionen Dollar an Zöllen zahlen mussten, z.B. für wichtige Produkte wie Kaffee, Mangos, Macadamia-Nüsse und andere.

Ebenso zeigt die Analyse, dass von den Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen haben, 86% angaben, dass sie die Zahlung des Zolls übernehmen mussten. „Die potenziellen Auswirkungen des zehnprozentigen Zolls auf die Ausfuhr in die USA im April und Mai belaufen sich auf 40 bis 43 Millionen Dollar pro Monat, was etwa 1,4 Millionen Dollar pro Tag entspricht“, so die Kommission. Zusätzlich zu den direkten wirtschaftlichen Auswirkungen wurden bei einigen Unternehmen Aufträge storniert, während andere unter dem Druck von Käufer*innen stehen, die versuchen, die Kosten des Zolls weiterzugeben. Andere Unternehmen berichten von Fällen, in denen Einkaufsprogramme nach Mexiko verlagert wurden.

CENCIT will laut ihrer Mitteilung „weiterhin mit der Regierung zusammenzuarbeiten, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu schützen und angesichts dieser neuen handelspolitischen Herausforderung nach Lösungen zu suchen, die die Beschäftigung, die Investitionen und die Exportkapazität Guatemalas sichern“.

Die Mitglieder des CENCIT sind die Landwirtschaftskammer (CAMAGRO), die Finanzkammer (CFG), die Handelskammer, die Vereinigung der Exporteur*innen Guatemalas (AGEXPORT), die Industriekammer Guatemalas (CIG) und die Vereinigung der Zuckerexporteur*innen (ASAZAGUA).

Zölle bleiben in Kraft

Am 10. April fand eine Pressekonferenz statt, auf der die Wirtschaftsministerin Gabriela García versicherte, dass die von US-Präsident Donald Trump angekündigte Aussetzung der Zölle nicht für Guatemala gelte. Der Ministerin zufolge gilt die Aussetzung nur für die Länder, die höhere Zölle hatten. Der Fahrplan für Verhandlungen wird derzeit vom Wirtschaftsministerium festgelegt, und es ist geplant, der US-Regierung einen Vorschlag mit dem Ziel zu unterbreiten, die Zollpolitik zu reduzieren oder abzuschaffen. (La Hora)

Präventionssystem für die Osterwoche bei einer Veranstaltung in Escuintla eingeführt

Sipacate, Escuintla, 11. April - Das Nationale Präventionssystem für die Osterwoche (SINAPRESE) 2025 wurde am Freitag, den 11. April, in Kraft gesetzt und für die nächsten 10 Tage aktiviert, teilte der Nationale Koordinator für Katastrophenschutz von Guatemala (CONRED) mit. Die Präventionsmassnahmen in dieser Zeit werden auf nationaler Ebene in drei Modalitäten durchgeführt: institutionelle Verwaltung und Präventionsposten, Präventions- und Hilfsstellen für Tourist*innen und Überwachung der Prozessionswege, so das Exekutivsekretariat von CONRED.

Der diesjährige Startschuss dafür fand im Weiler Milagro de Dios in der Gemeinde El Paredón Buena Vista, Landkreis Sipacate im Departamento Escuintla, statt. An der Zeremonie nahm das Präsidentenpaar Bernardo Arévalo und Karin Herrera teil, ebenso wie die Minister*innen für Kultur, Inneres und Verteidigung, Vertreter*innen der Polizei (PNC), die Generaldirektion für Schutz und Verkehrssicherheit und das Guatemalteckische Institut für Tourismus (INGUAT), um nur einige zu nennen. „Heute beginnt für die guatemalteckischen Familien die Zeit der Erholung, der Freude und der Ruhe, und es ist ein Privileg, den Beginn der Osterzeit zu feiern. Wie El Paredón gibt es mehrere Orte in Guatemala, die von ausländischen und einheimischen Tourist*innen wegen ihres natürlichen, kulturellen und traditionellen Reichtums besucht werden“, sagte Präsident Bernardo Arévalo bei der Einsetzung des Präventionssystems.

MODALITÄTEN DES EINSATZES

Die Präventions- und Managementposten werden in touristischen Gebieten an Strassen, Stränden oder religiösen Stätten eingerichtet, um einheimische und ausländische Tourist*innen zu unterstützen.

Die Präventions- und Hilfsposten für Tourist*innen werden u.a. Freizeitaktivitäten beinhalten und Informationen über integriertes Risikomanagement, Sicherheit und Information vermitteln, um das Bewusstsein für die lokale Entwicklung der Gemeinde zu schärfen, so der Exekutivsekretär von CONRED. Mit der Einrichtung der Posten wird angestrebt, die Dienstleistungen für die Menschen weiterzuentwickeln, um das Besuchererlebnis zu verbessern und gleichzeitig die lokale Entwicklung zu fördern, fügte die Exekutivsekretärin des CONRED, Claudine Ogaldes, hinzu.

Der Zweck der Überwachung der Prozessionsrouten ist es, die Sicherheit der Teilnehmenden dieser Aktivitäten zu gewährleisten. Dies geschieht durch die institutionelle Präsenz an den Prozessionsrouten und die Durchführung von Massnahmen zur Vorbeugung und schnellen Reaktion im Falle von Notsituationen, sagte die Leiterin des CONRED. „Das Protokoll von SINAPRESE bekräftigt die Verpflichtung, während der Ostertage eine würdige und verantwortungsvolle Arbeit zu leisten, damit die nationale und ausländische Bevölkerung diesen Feiertag sicher geniessen kann“, sagte Ogaldes. (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6